

Geschäftszeichen: 1/09

B E S C H L U S S

In dem Schiedsgerichtsverfahren

wegen Eingehens eines politische Bündnisses u. a.

hat das Landesschiedsgericht des Landesverbandes Thüringen der Piratenpartei Thüringen durch den Vorsitzenden Richter Tim Staupendahl, den 1. Richter Daniel Flachshaar und den Ersatzrichter Axel Anders ohne mündliche Verhandlung am 17.11.2009 für Recht erkannt:

Der Antrag des Klägers auf Ablehnung des 2. Richters Martin Herrmann wegen Befangenheit wird abgewiesen.

GRÜNDE:

Mit Schreiben vom 12.10.2009 beantragte der Kläger die Ablehnung des 2. Richters des Landesschiedsgerichts des Landesverbandes Thüringen der Piratenpartei Deutschland Martin Herrmann. Zur Begründung seines Antrags führte er aus, der 2. Richter habe bewirken wollen, dass der Kläger seine Rechte nach § 9 der Regeln über die Mailingliste dadurch verliere, indem er über die Moderation des Klägers abstimmen lassen wollte, anstelle die Verhängung der 3-monatige Sperrung für das Schreiben in der Mailingliste durch den Moderator hinzunehmen.

Der Antrag auf Ablehnung ist abzuweisen. Nach § 5 Abs. 1 Satz 2 der Schiedsgerichtsordnung hat jede Streitpartei das Recht zu Beginn des Verfahrens einen Richter aus Gründen der Befangenheit abzulehnen. Die Klage wurde vom Kläger mit Schreiben vom 27.08.2009 vor dem Bundesschiedsgericht der Piratenpartei Deutschland erhoben. Die Klage wurde sodann am 06.09.2009 wegen Unzuständigkeit des Bundesschiedsgericht an das Landesschiedsgericht verwiesen. Der Antrag auf Befangenheit wurde vom Kläger jedoch erst am 12.10.2009 gestellt. Insoweit wurde der Antrag unproblematisch zeitlich nach über einem Monat, nachdem das Verfahren beim Landesschiedsgericht anhängig gemacht worden ist, gestellt. Damit wurde der Antrag nicht zu Beginn des Verfahrens gestellt, wie es jedoch § 5 Abs. 1 Satz 2 der Schiedsgerichtsordnung verlangt. Der Antrag ist daher schon mangels Vorliegen der formellen Voraussetzungen abzuweisen,

Darüber hinaus liegt jedoch ohnehin keine Befangenheit des 2. Richters Martin Herrmann vor. Der 2. Richter wollte nämlich nicht, wie vom Kläger behauptet, die Rechte des Klägers beschneiden, sondern seinen Rechtskreis erweitern. Durch eine Abstimmung seiner Moderation, wie es durch den 2. Richter vorgeschlagen wurde, hätte der Kläger eine neue Chance erhalten, an der Mailinliste weiterhin teilzunehmen. Nur durch die unabänderliche Moderation durch den Moderator ist ihm das Recht genommen worden, seine Meinung über die Mailinglist kund zu geben. Die Möglichkeit, durch eine Abstimmung dennoch weiter schreiben zu dürfen, war daher eine Erweiterung der Rechte des Klägers. Dass der Kläger einen solchen Vorschlag als Beschneidung seiner Rechte verstehen will, dürfte als Versuch gewertet werden, den 2. Richter Martin Herrmann aus dem laufenden Schiedsgerichtsverfahren zu drängen.

Insoweit war der Antrag auf Ablehnung des 2. Richters wegen Befangenheit abzuweisen.

Der Beschluss ist unanfechtbar.